



home & care

Hinweise, Nachrichten und Hintergründe zur Asylpolitik

Ausgabe September/Oktober 2015

IOM: Immer mehr Todesopfer im Mittelmeer

Mehr als 2.800 Flüchtlinge sind in diesem Jahr bereits bei dem Versuch gestorben, in einem Boot über das Mittelmeer nach Europa zu gelangen. Wie die Statistik der Internationalen Organisation für Migration (IOM) weiter ausweist, flohen 2015 bisher schon rund 465.000 Menschen über das Mittelmeer. Über zwei Drittel von ihnen wählten die Fluchtroute über Griechenland. Mit mehr als 180.000 Menschen stammte der größte Teil der Flüchtlinge weiterhin aus Syrien. Danach folgten Afghanen (über 50.000) und Eritreer (über 30.000).

Statistik: Einwanderer haben höheren Bildungsstand als Deutsche

Rund ein Drittel der in Deutschland lebenden Migranten hat Abitur oder verfügt über die Fachhochschulreife. Bei Deutschen ohne Migrationshintergrund liegt der Anteil dieser Personen lediglich bei 28,5 Prozent. Damit blieb der Bildungsstand der Einwanderer im Mittel weiterhin höher als der bei Bundesbürgern ohne ausländische Herkunft. Dies teilte das Statistische Bundesamt jetzt für das Jahr 2014 mit. Demnach lebten im Berichtsjahr hierzulande rund 12,8 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. Bei der größten Gruppe von ihnen, den Türkischstämmigen, beträgt der Anteil derjenigen mit Abi oder Fachhochschulreife nur rund 14 Prozent. Am besten schneiden in dieser Hinsicht die Franzosen mit 62,4 Prozent ab, die jedoch nur rund ein Prozent der Zuwanderer ausmachen.



Steigende Nachfrage nach Integrationskursen

Mit der steigenden Zahl der anerkannten Schutzsuchenden in Deutschland wächst auch die Nachfrage nach den vom Bund geförderten Integrationskursen. Nach Angaben des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge waren im ersten Quartal 2015 fast 70.000 Personen zur Teilnahme an solchen Kursen berechtigt. Das sind rund 28 Prozent mehr als im Vorjahresvergleich. Besonders unter den neu zugewanderten erhöhte sich die Zahl der Teilnahmeberechtigten.

EU braucht gemeinsame – Zäune und Kontrollen werden

Die weiter wachsenden Flüchtlingsströme zwingen die Verantwortlichen in der EU und ihren Mitgliedstaaten zum Handeln. Weil immer mehr Menschen aus dem Nahen Osten, aus Afrika und vom Balkan versuchen, sich vor Gewalt und Not in ihren Ländern in Sicherheit zu bringen und deshalb nach Europa aufmachen, muss die Gemeinschaft mit einer schon jetzt erheblich größeren Zahl Schutzsuchender fertig werden, als noch vor wenigen Wochen angenommen. So prognostizierte zuletzt Vizekanzler Sigmar Gabriel, dass Deutschland in diesem Jahr voraussichtlich rund eine Million Flüchtlinge aufzunehmen haben werde. Das wären nochmals 200.000 Asylbewerber mehr als vom zuständigen Bundesinnenministerium bislang offiziell vorhergesagt.

Angesichts der zum Teil chaotischen Zustände, die von den unerwartet hohen Flüchtlingszahlen an den EU-Außengrenzen, aber zunehmend auch in den EU-Staaten selbst ausgelöst wurden, sahen sich einige Länder sogar veranlasst, Grenzkontrollen wieder einzuführen. Dazu zählt auch Deutschland. Begründung für diesen Schritt: Wir müssen die Kontrolle über die Zuwandererströme zurückbekommen.

Zu dem viel wichtigeren Beschluss einer gemeinsamen Flüchtlingspolitik und einer Übereinkunft, wie die nicht abreißende Zahl der Asylbewerber auf die EU-Staaten verteilt werden kann bzw. soll, konnte sich die Europäische Gemeinschaft jedoch noch nicht durchringen. Dem stehen bislang noch zu ausgeprägte nationalstaatliche Interessen im Wege. Da rückt die viel beschworene europäische Wertegemeinschaft schnell in den Hintergrund, wenn sich Großbritannien, Irland

und Dänemark ebenso wie die osteuropäischen Länder Ungarn, die Slowakei und Tschechien einer gemeinsamen Flüchtlingslösung verweigern. Am weitesten aus dem Fenster lehnt sich hierbei Ungarns Ministerpräsident Viktor Orban, der den Ansturm der Flüchtlinge als rein „deutsches Problem“ bezeichnet und sich nicht scheut, offen auszusprechen, dass die Ungarn nicht mit Muslimen zusammenleben wollten.

Um sich gegen den Zuzug der Unerwünschten zu schützen, gab die ungarische Regierung den Bau eines Grenzzauns in Auftrag. Doch der wird nach Einschätzung von internationalen Experten ebenso wenig zur Lösung des Flüchtlingsproblems beitragen wie die Grenzkontrollen zwischen anderen EU-Staaten. Stellvertretend für die Kritiker hielt etwa die Flüchtlingshilfsorganisation Pro Asyl der Bundesregierung vor, sie benutze die Zuwanderer für ihre politischen Interessen. Aus Berlin hieß es dazu, der Beschluss zur Wiedereinführung der Grenzkontrollen sei auch als Signal an die europäischen Partner zu verstehen, dass Deutschland mit dem Problem des zunehmenden Flüchtlingszuzugs allein gelassen werden dürfe.

Zielführend kann in diesem Zusammenhang nur eine europäische Übereinkunft auf gemeinsame Einwanderungsregeln sein, betonen Fachleute immer wieder. Diese EU-weit geltenden Vorgaben müssen eine legale Zuwanderung ermöglichen – sonst spielen die Verantwortlichen nur einem „Wirtschaftszweig“ in die Hände, der zurzeit ohnehin schon Hochkonjunktur hat und glänzende Geschäfte macht: den Schleusern und Schleppern. Sie profitieren letztlich, wenn den Flüchtlingen der Weg nach Europa erschwert wird. Denn

Einwanderungspolitik

Zuwanderung nach Europa nicht stoppen



die Ursachen dafür, dass sich immer mehr Menschen dazu gezwungen sehen, ihre Heimat aufzugeben, werden absehbar nicht zu beseitigen sein. Auch zu diesem Zweck müssten nämlich als Grundvoraussetzung ein internationaler Konsens und die Bereitschaft zu Zusammenarbeit vorhanden sein. Das verhinderten bisher auch hier unterschiedliche Interessenlagen.

Insofern dürfte der Flüchtlingstreck nicht kleiner werden, und wenn diese Menschen keine legale Möglichkeit sehen, die vergleichsweise sicheren Lebensumstände in Europa zu erreichen, werden sie sich der illegalen Helfer bedienen, der Schleuser. Die Nachfrage nach deren Dienstleistungen steigt somit, je schwieri-

ger es wird, nach Europa zu gelangen – und damit auch ihr Preis. Schafft die EU es demnach nicht, sich auf angemessene Einreisevorgaben zu verständigen, wird es für die Betroffenen voraussichtlich nur teurer, ihr Recht auf Asyl wahrzunehmen. Dabei stufen Fachleute den Menschen-smuggel schon jetzt als äußerst einträgliches Geschäft ein.

Sichere und legale Einreisewege für Flüchtlinge

„Die europäischen Regierungen müssen mehr tun, um für Schutzbedürftige sichere und legale Einreisewege in die EU einzurichten“, verlangt die Menschenrechtsorganisation Amnesty International. Damit nicht Tausende Menschen auf einer von Schleusern „organisierten“ Flucht ihr Leben riskieren müssen. Deshalb fordert Amnesty von den EU-Staaten mehr Zusagen zur Aufnahme von Flüchtlingen. Ferner soll deren Einreise nach Europa auf der Basis humanitärer Visa und von Familienzusammenführungen erleichtert werden.

Nach Ansicht von Migrationsexperten könnten solche humanitäre Sonderregelungen mit Maßnahmen zur Anwerbung qualifizierter Personen verbunden werden. Denn die europäische Wirtschaft ist auf den Zuzug solcher Arbeitskräfte wegen der zunehmenden Überalterung der hiesigen Bevölkerung dringend angewiesen. Dieser Aspekt wäre demnach bei einer Quotenregelung zur Verteilung von Einwanderern mit zu berücksichtigen.

Forscher: Statt formaler Berufsabschlüsse sollten berufsbezogene Kompetenzen gecheckt werden

„Die Zahl der aus dem Ausland Zugezogenen, die über einen beruflichen Abschluss verfügen, ist in den letzten Jahren stark gestiegen. Wenn unser Wohlstand dauerhaft gesichert werden soll, ist Deutschland auf diese gut qualifizierten Menschen angewiesen“, sagt stellvertretend die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Johanna Wanka. Um dieses Potenzial bestmöglich zu nutzen, hat die Bundesregierung vor rund drei Jahren das sogenannte Anerkennungsgesetz beschlossen, das erstmalig einen Rechtsanspruch auf Überprüfung der Gleichwertigkeit eines ausländischen Berufsabschlusses mit einem deutschen Referenzberuf vorsieht. Damit ist Deutschland im EU-weiten Vergleich mit führend, wie internationale Studien zeigen. Dennoch sehen Experten auch beim deutschen Anerkennungsrecht noch Raum für Verbesserungen.

Dies betrifft insbesondere das Problem fehlender formaler Berufs- oder Ausbildungsqualifikationen. Denn viele Zuwanderer verfügen über Kompetenzen, die am Arbeitsmarkt dringend gesucht sind, können diese aber nicht einbringen, weil ihnen der formale Bildungsnachweis fehlt oder der vorhandene hierzulande nicht anerkannt wird.

Deshalb haben Forscher der Karlsruhochschule International University in Karlsruhe jetzt ein Audit-System vorgeschlagen, bei dem kompetenzbasierte Fähigkeiten, die zur Ausübung eines Berufs vorhanden sein müssen, überprüft werden. Nach bestandener Prüfung erhält der Kandidat seine „non-formalen Kompetenzen“ zertifiziert. Damit wäre dem deutschen Arbeitsmarkt mehr geholfen, meinen die Wissenschaftler.

Neuregelung zur doppelten Staatsangehörigkeit

Seit der Reform des deutschen Staatsangehörigkeitsgesetzes dürfen Kinder ausländischer Eltern neben der deutschen Staatsangehörigkeit auch die ausländische der Eltern dauerhaft behalten. Dies gilt für Kinder, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind und neben der ausländischen Staatsangehörigkeit der Eltern die deutsche Staatsangehörigkeit mit der Geburt erworben haben. Bisher mussten sich diese jungen Menschen bis zum 23. Lebensjahr zwischen der deutschen und der Staatsangehörigkeit ihrer Eltern entscheiden. Eine solche Entscheidung werden zukünftig nur noch die-

jenigen treffen müssen, die nicht in Deutschland aufgewachsen sind.

- ◆ Die Person muss acht Jahre in Deutschland gelebt oder
- ◆ sechs Jahre hier eine hiesige Schule besucht haben oder
- ◆ über einen in Deutschland erworbenen Schulabschluss bzw. eine hier abgeschlossene Berufsausbildung verfügen.
- ◆ In Einzelfällen dürfen auch beide Staatsangehörigkeiten behalten werden, wenn ein enger Bezug zu Deutschland vorliegt und die Optionspflicht eine besondere Härte bedeuten würde.

IMPRESSUM

Vi.S.d.P.: Prof. Dr. Klaus Kocks

STIFTUNG SOZIALER DIENST
Chilehaus
Fischertwiete 2
20095 Hamburg
DEUTSCHLAND
public.service@mailtrack.de

Eine Initiative der
European Homecare GmbH
Girardetstraße 2-38 (Eingang 3)
45131 Essen

STIFTUNG SOZIALER DIENST



die deutsche Tochter der
PUBLIC SERVICE FOUNDATION
eine Initiative der EUROPEAN HOMECARE